

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 1,70 M., viertelj. 5,10 M. Durch die Post monatl. 1,75 M., viertelj. 5,25 M. ohne Befreiung. Das Beleggeld wird von den Zeitungsabnehmern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Rindfleischstr. 11. Fernruf Nr. 5516, 5517. — Anzeigenpreis für Wiesbaden: Die 42 mm breite Zeilenbreite 100 Pf., die 90 mm breite Zeilenbreite 150 Pf.; außerhalb: 60 Pf. beginnend. — Seitenpreise u. Abzahl. lt. Tarif. Sonderbeilagen 10 M. pro 1000.

Nummer 82

Mittwoch, 18. Februar 1920.

74. Jahrgang

Der Mann der Überraschungen.

Das überraschende Eingreifen Wilsons in die Verhandlungen über die Abrüstungsfrage zugunsten der Serben und gegen die Wünsche Italiens, die von Frankreich und England abgelehnt wurden, hat besonders in Frankreich die größte Überraschung und Unruhe hervorgerufen. Die gesamte Presse erachtet sich in Erstaunen darüber, was Wilson in diesem Schritt bewirken haben könnte, und die Meinungen, die über Wilson geäußert werden, sind mitunter mehr als hart. Das „Echo de Paris“ bringt heute früh eine ganze Anzahl Stimmen aus der Pariser Presse. Der „Temps“ meint, Wilson suche nach einer Gelegenheit, um mit dem Friedensvertrag zu brechen und um sich auf diese Weise vor den inneren Schwierigkeiten zu retten; das Blatt fürchtet, daß Wilson die amerikanische öffentliche Meinung antizipatorisch geäußert hätte; der „Petit Parisien“ wirft Wilson vor, während seiner Krankheit verrückt zu haben, was in der Welt vorangehe. Das Chicagoer Blatt „Tribune“ will wissen, daß Wilsons Gehirn nicht mehr ganz in Ordnung sei.

Ein Notenwechsel.

London, 17. Febr. Weiter erzählt: An Wilsons Note betreffend Südlanten heißt es: Wenn die Alliierten eine Entscheldung im Sinne des Pariser Kommissariats vom 20. Januar treffen würden, würden die Vereinten Staaten anerkennen, daß die Zurückführung ihrer Unterworfenen unter den Vorbehalt der Verträge in Erwägung zu ziehen. — Die Antwort auf diese Note ist abgelehnt. Der Inhalt der Note wurde nicht veröffentlicht.

London, 17. Febr. Weiter erzählt: Man, daß die an den Alliierten der Vereinten Staaten überreichte Antwortnote an den Präsidenten Wilson bedeutende Rückschlüsse mit dem am Samstag aufgestellten Entwurf der und seinerlei Veränderungen. Nach den Zeitungen ist es vollständig ungenau, wenn es heißt, daß die Note auf Lord Curzon, Lord Cecil und Chamberlains Dankschreiben hin eine Veränderung erfahren habe. Keiner dieser Herren habe weder direkt noch indirekt gegen diese Note protestiert.

London, 17. Febr. Ueber die Beziehungen zu Amerika führte Lord Curzon in einer Rede aus: Wir dürfen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Amerikas einmischen. Die Vereinten Staaten haben ihre besonderen Schwierigkeiten. Sprechen wir kein einzelnes Wort aus, so könnte es sie vermehren. Nichts wäre in angemessenen Grenzen verständlicher, als wenn sich die Vereinten Staaten von ihrer Mitwirkung im Rat der Nationen zurückziehen und ihren Einfluß in dieser Beziehung fallen lassen wollten.

Paris, 18. Febr. Davaud meldet aus Washington: Man ist gegenwärtig hier der Ansicht, daß Wilson noch weitere Vorteile geben wird, die seinen Wünschen entsprechen, sich von den europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen. Die Entlassung Lansing kann schon als erster Schritt betrachtet werden, den die neue amerikanische Politik in Hinblick auf Europa unternommen hat. Aber es sind noch ganz andere und aufsehenerregendere Entwicklungen hinsichtlich dieser Idee zu erwarten. Die Unsicherheit herrscht hier, da man die gegenwärtige Haltung Amerikas Europa gegenüber, wie sie sich aus den Vertragsverhandlungen ergeben hat, nicht genau kennt. Die Drohung des Präsidenten, sich von den europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen, gibt den Gegnern des Versailler Vertrags eine gewisse Genugtuung. Sie finden den Vertrag zurückzuweisen, und sie halten an ihrem Entschluß fest. Sie vertreten mit Energie ihre Ansicht, daß, wenn der Präsident sich dazu entschließen könnte, sich nicht mehr in die europäischen Dinge zu mischen, der Senat ein- und den Vertrag zurückzuweisen könnte. Auf diese Weise würde Amerika von allen Verwicklungen in der alten Welt befreit werden.

Eine Beruhigungspille.

W. Washington, 17. Febr. (Neuter.)

Es wird bekanntgegeben, daß Wilson in der Note an die Ministerpräsidenten der Entente nicht erklärte, daß die Vereinten Staaten sich nicht länger mit den europäischen Angelegenheiten beschäftigen würden, wenn die Frage von Rume geregelt werde, ohne daß die Vereinten Staaten um Rat gefragt würden. Amtliche Kreise erklären die Auslegung der Note, wie sie der Pariser „Temps“ gebe, sei zu weitgehend.

Der Kampf um Wilson.

W. Paris, 17. Febr.

Dem „Echo de Paris“ wird aus Washington gemeldet: Die Führer der verschiedenen Parteien im Kongress besprechen sehr eifrig die Mittel, die man anwenden könne, um den Präsidenten für unzulässig (incompetent) zu erklären. Sie wollten, wenn sie ihn auf diese Weise beseitigen könnten, einen Vizepräsidenten ernennen; jedoch glaube man, daß es augenblicklich unmöglich sei, so zu handeln, um keinen gefährlichen Konflikt mit der Exekutivgewalt herbeizuführen.

Es sei so zu handeln, um keinen gefährlichen Konflikt mit der Exekutivgewalt herbeizuführen.

W. Washington, 17. Febr.

Gravson hat wegen der Gerüchte, die über den Gesundheitszustand Wilsons umliefen, bekanntgegeben, daß die Besserung seines Zustandes anhält.

Beginn des Prozesses Caillaux.

Paris, 17. Febr. Heute Nachmittag begann vor dem am Obersten Gerichtshof erklärten Senat die Verhandlung gegen Caillaux. Dieser ist angeklagt, von der Kriegserklärung an, namentlich 1914, 1915, 1916 und 1917, sei es in Frankreich, und besonders in Paris, sei es im Ausland, gegen die äußere Sicherheit des Staates Anschläge unternommen und ein Einverständnis mit dem Feinde eingeleitet zu haben, um dessen Pläne gegenüber Frankreich und seinen Alliierten zu beschleunigen. Von der Anklagebehörde sind 71 Zeugen geladen. Dienstags, Mittwochs und Freitags wird verhandelt.

Die Litten-Note.

Abweichende Stellen.

Die gestern vom englischen Geschäftsträger übergebene Ausfertigungsnote, die aus London vom 13. Febr. datiert, von Lord George unterschrieben und an den Kanzler der deutschen Republik gerichtet ist, stimmt nach der amtlichen Übersetzung mit dem bereits gemeldeten Text der Agence Havas im Ganzen überein. Hervorzuheben ist folgende abweichende Stelle.

Redenfalls nahmen die Alliierten von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung Akt, daß diese bereit ist, unverzüglich vor dem Obersten Gerichtshof in Belgien gegen alle Deutsche, deren Auslieferung die alliierten und assoziierten Mächte zu fordern beabsichtigen, ein Strafverfahren zu eröffnen, welches mit den vollständigen Garantien umgeben sei und alle Artzelle, Verbrechen oder früheren Entscheldungen der deutschen Zivil- und Militärgerichte unberücksichtigt lassen werde. Die Strafverfahren, welche die deutsche Regierung hiernach selbst einleiten wird, ist mit der Ausführung des Art. 228 des Friedensvertrages vereinbar usw. ... Weiter nach ist die Verurteilung der benannten Verbrecher nicht heissen: Anerkennung der begangenen Verbrechen.

Zeitungsstimmen.

Der Reichswehrminister Noske sprach sich gestern über die Notentente in Bremen verschiedenen Blättern zufolge dahin aus, daß es durchaus verfrüht sei, anzunehmen, daß wir vor allen weiteren ernstlichen Schwierigkeiten und etwaigen Repressalien bewahrt bleiben würden. Die Alliierten bestreiten sich ausdrücklich das Recht vor, Schuldige, deren sie habhaft würden, vor ihren eigenen Richter zu stellen. Deshalb bleibe eine außerordentliche Unsicherheit für jeden Deutschen bestehen, der im Krieg war, wenn er künftig eines der alliierten Länder betrete.

Im „Vorwärts“ heißt es: Gewalttätige Schwierigkeiten stehen vor der Abwicklung des Prozesses, mit dem sich das Reichsgericht in Leipzig beschäftigen soll. Die Auslieferungsfälle sind wohl schon durch das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz gelöst. Wie soll es aber mit der Unternehmung und der Verurteilung gehandelt werden? Wer selbst wenn der Tatbestand klar feststeht, so bleibe noch die große Hauptfrage nach der Objektivität der Richter.

Aus Versehen auf die Litten geraten.

Paris, 16. Febr. Wie die „Temps“ meldet, soll der Name des ehemaligen Großherzogs von Hessen aus Versehen auf die Auslieferungsfälle gekommen sein. Es sei möglich, daß eine Nachprüfung der gegen ihn vorliegenden Beschuldigungen die Alliierten veranlassen werde, seinen Namen zu streichen.

Eine föderalistische Konferenz.

Kassel, 17. Febr. Die zurzeit hier tagende, aus allen Teilen Deutschlands stark besuchte erste föderalistische Konferenz, hat einstimmig eine Entscheldung angenommen, in der es heißt: Wir treten ein für ein einzelnes, freies Deutschland und wahrhaft gleichberechtigte Bundesstaaten unter einer starken, von jedem Einzelstaat unabhängigen gemeinsamen Leitung. Wir erstreben die Wiedervereinigung der gesamtdeutschen Nation abgetrennten Volksteile und Länder, insbesondere Deutschösterreichs, mit ihrem Mutterland, und bekämpfen arundfänglich und nachdrücklich alle Versuche, die eine Abtrennung ungewisser Teile des Landes und Volkes von Deutschland zum Ziel haben. Solchen Versuchen abzutreten Deutschen von Deutschland kann am besten vorgebeugt werden durch ein föderalistisches föderalistisches Deutschland und seiner Verfassung.

Es wäre von Interesse, zu wissen, wer die Konferenz einberufen hat und wer die Besucher waren.

„Schmüde dein Heim!“

Für den Kasseler Oberbürgermeister gibt es keine Dienstwohnung, hat es nie gegeben. Neuerdings scheint das anders zu werden. Die Wohnung des Oberbürgermeisters ist, seit kleiner Philipp Scheidemann heisst, zur Magistratsangelegenheit geworden. Daß ihre Ausbesserung behaglich und hübsch sei, ist eine wichtige Sorge des Magistrats. Er richtete am 2. Januar d. R. (ohne Tagesbuchnummer) an den Landwirtschaftsminister Otto Braun ein Schreiben, etwa folgenden Inhalts:

Der Magistrat der Residenz.

Kassel, 2. Januar 1920.

Sehr geehrter Herr Minister!

In den nächsten Tagen wird Herr Kurt Heinig aus dem Finanzministerium nach Kassel kommen, um aus einem dem Finanzministerium unterstellten Schloß einige Geräte und zur Ausbesserung der Wohnung des Oberbürgermeisters käuflich abzukaufen. Wir bitten Sie ergebenst, zu demselben Zweck aus dem Nebenhäuschen des Schlosses Wilhelmstal aus für drei Zimmer Geräte ohne historischen oder künstlerischen Wert abzukaufen und Herrn Kurt Heinig mit den entsprechenden Vollmachten zu versehen.

Ihre ergebensten

Brunner, Bürgermeister, Kassel, Stadtrat.
Prof. Dr. Sautter, Stadtrat.

Die Kasseler Mag. Sig. schreibt dazu folgendes:

Man beachte bei diesem Antrag folgendes: Erstens trägt der Brief keine Tagesbuchnummer, ist also nicht durch die städtische Kanzlei gegangen.

Zweitens: Obwohl der Brief den Kopf des Magistrats trägt, trägt er nicht dessen Unterschrift, sondern die dreier Magistratsmitglieder. Gerade hierin scheint uns eine besondere Feinheit des Unternehmens zu liegen. Der Kopf erweist den Eindruck eines amtlichen Magistrats-Schreibens, während die Unterschriften die Möglichkeit bieten, die Sache als Privatunternehmen dreier Magistratsmitglieder hinzustellen. Der Minister spricht aber in seiner Antwort ausdrücklich vom Antrag des Magistrats.

Drittens: Aus dem Schreiben geht hervor, daß nicht nur das der Domänenverwaltung unterstehende Schloß Wilhelmstal zugunsten Scheidemanns braut werden soll, sondern daß man auch mit dem Finanzminister unterhandelt über die Vererbung eines diesem unterstellten Schlosses (des Stadt- oder des Wilhelmshäuser Schlosses).

Viertens beachte man den schönen Ausdruck „Geräte“. Man scheint sich angeschlossen, das Kind beim rechten Namen zu nennen und sagt statt Möbel oder Hausrat respektvoll „Geräte“.

Bei dem „Nebenhäuschen“, von dem der Magistrat spricht, kann es sich nur um einen der beiden Schloßflügel handeln, die die sogenannten Kavalier- und Damenzimmer enthalten und die, wie das ganze Schloß, mit reinen Holzmöbeln ausgestattet sind.

Der Herr Minister gegen die Landwirtschaft, der Parteigenosse des Oberbürgermeisters ist, lehnt natürlich die gewünschte Vererbung des Wilhelmstaler Schlosses nicht etwa rundweg ab, sondern sieht sich mit seinem Parteifreund, dem Finanzminister Edekmann, in Verbindung und beauftragt unter dem 10. Januar.

Den Herrn Kurt Heinig in Berlin-Großlichterfelde (Schloßstraße 2) in Erledigung des Antrages des Magistrats auf Überlassung von Geräten aus den entbehrlichen Händen des Schlosses Wilhelmstal, die erforderlichen Rückstellungen zu treffen und mit den Vertretern des Antragsstellers zu verhandeln.

Inzwischen war Scheidemann mit den sozialdemokratischen Stadträten Reine und Sautter nach Wilhelmstal gefahren und hatte sich dort die „Geräte“ anschauen lassen, deren er zur Ausbesserung seiner Wohnung bedarf. Am 16. Januar kam dann der in weitekreisen Kreisen unbekannte Vertrauensmann weiter preussischer Minister, der frühere Anwaltskammerpräsident Kurt Heinig nach Kassel, um sein Sachverständigenurteil über die für Herrn Scheidemann dem Wilhelmstaler und den hiesigen Schloßkellern zu entnehmenden „Geräte“ abzugeben und mit dem Magistrat über den Verkauf zu verhandeln. Daß er seine auf Staatskosten unternommene Reise benutzte, um hier in einer sozialdemokratischen Versammlung als Redner aufzutreten, sei nur der Vollständigkeit halber vermerkt. Der Schriftwechsel zwischen Magistrat und Landwirtschaftsminister war vom letzteren der Regierung in Kassel zur Kenntnisnahme überreicht worden. Diese beauftragte sich aber nicht mit der Kenntnisnahme, sondern richtete an den Landwirtschaftsminister einen entsprechenden Einspruch. Darin wies sie den Minister darauf hin, daß es sich doch augenscheinlich nicht um ein Geschäft des Magistrats, sondern nur um eine Einreise dreier allerdings dem Magistrat anverwandter Persönlichkeiten handele. Weiter betonte sie, daß anlässlich der gegenwärtigen Zerstörung, bei der es vielen nicht möglich sei, sich nur das Allernotwendigste anzuschaffen, in weiten Kreisen der Bevölkerung es nicht vorhanden und als nicht berechnete Versorgung eines Einzelnen

gemerkt werden würde, wollte man dem Oberbürgermeister, dessen Gehalt erst bei der Neuberechnung der Stelle wesentlich erhöht worden sei, Möbel aus dem Schlosse überlassen. Im eigentlichen Interesse des Oberbürgermeisters wäre die Regierung es nicht befürwortet, daß dem Antrag stattgegeben wird. Das Herausnehmen von Möbeln aus dem Wilhelmshof-Schlosse, auch aus den Kavalier- und Soldatenzimmern, sei nicht zu vertreten und würde einen Akt von Unkultur darstellen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 18. Februar.

Rechner und Reichsnotopfer. Man schreibt uns: In dem Gesetz über das Reichsnotopfer ist auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Abgabepflichtigen weitgehende Rücksicht genommen worden. Insbesondere ist vorgesehen: 1. Die Abgabe kann auf Antrag des Abgabepflichtigen ganz oder teilweise zinslos gestundet werden, falls sich bei längerer Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse die Einzahlung und Verzinsung der Abgabe als eine besondere Härte erweist. Diese Vorschrift bezweckt, vornehmlich solchen Abgabepflichtigen eine möglichst weitgehende Entlastung von der Vermögensabgabe zuteil werden zu lassen. Die mit ihren Renten oder Zinsen nur mit Mühe imstande sind, ihren Lebensunterhalt und den ihrer unterhaltspflichtigen Angehörigen zu bestreiten. 2. Bei Abgabepflichtigen im Alter von 45 Jahren und darüber, die ein kleineres Vermögen von nicht mehr als 150.000 M. besitzen und keinen Anspruch auf Pension haben, tritt eine erhebliche Ermäßigung der Abgabe ein, falls sie nicht die jährliche Ertragskraft der ganzen Abgabe beantragen und bewilligt erhalten. 3. Eine Verpflichtung zur sofortigen Pensionszahlung der ganzen Vermögensabgabe besteht nicht. Vielmehr ist die Abgabe in Teilbeträgen zu entrichten, die sich auf einen Zeitraum von rund 30 Jahren erstreckt; angenommen hiervon sind nur die Abgabebeträge die 300 M. nicht erreichen, und der durch 500 M. nicht teilbare Betrag der Abgabe.

Sommerfahrplan. Die deutschen Eisenbahnverwaltungen sind übereingekommen, den Sommerfahrplan erst mit dem 1. Juni einzuführen.

Gemeinnützige Möbelwerkstatt. Zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit gutem und billigem Mobiliar ist für den Regierungsbezirk Wiesbaden eine gemeinnützige Möbelfabrikationsgesellschaft m. b. H. mit einem Kapital von 880.000 M. unter Beteiligung von 12 Gemeinden (darunter die Städte Wiesbaden und Frankfurt), 8 Kreisen und der Stadtverwaltung Wiesbaden gegründet worden. Die Gesellschaft bezweckt in größtem Maße gute und billige Möbel herstellen zu lassen und sie unter günstigen Abzahlungsbedingungen an minderbemittelte und Mittelstandskreise abzugeben. Von der Kasselerischen Bankbank ist ihr ein Betriebskapital von 1 1/2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden und ein Betrag von 3 Millionen Mark für den die Ärzte und Gewerbetreibenden übernehmen, um den Käufern ratenweise Abzahlung des Kaufpreises zu ermöglichen. In Wiesbaden, Marktstraße 7, ist hier eine Geschäftsstelle eingerichtet, welche die Geschäfte für das Gebiet führt.

In den nächsten Tagen wird der Tag der Eröffnung dieser Stelle noch bekanntgegeben werden.

Supernumerarstellen im Eisenbahndienst. Bei der Eisenbahndirektion Mainz werden neuerdings wieder Anmeldungen für die Supernumerarstellen für den Bereich der Direktionen Frankfurt (Main), Mainz und Saarbrücken angenommen.

Einen Veranstaltungabend für Freimaurer anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse veranstaltet die Johann-Vogel-Musik in Leipzig am Sonntag, den 22. Febr., abends 7 Uhr, in ihrem Logengebäude, Elberstr. 2. Besonderer Anzug nicht erforderlich. Der Festbetrag, 50 M. für das Brudermahl einfließt, 1 Flasche Wein, ist von jedem Teilnehmer mit der Anmeldung abzugeben und auf das Postkontokonto Dr. Franz Kichling, Leipzig, Nr. 70541, einzuzahlen. Anzugeben ist Name, Beruf, Wohnung und die Loge, der man angehört.

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

Kurhaus. Für morgen Donnerstag ist ein Roman-tischer Abend im Abonnement im großen Saale des Kurhauses angesetzt. Ausführende sind Bräulein Marcella Reue (Klavier) und Herr Kurkapellmeister Hermann Jörner (Violine). Zur Ausführung gelangen: Sonate op. 13 Nr. 1 in F-dur und Sonate op. 13 Nr. 8 in D-moll von F. v. Weber, Einleitung und Variationen über ein Originalthema (Trockne Blumen) von F. Schubert, sowie zweite große Sonate in D-moll v. A. Schumann.

Vorträge. Die kirchlich-sozialistische Vereinigung für Wiesbaden und Umgebung veranstaltet eine kleine apologetische Vorträge, deren erster am Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr im evangelischen Vereinshaus, Platter Straße 2, stattfindet. Herr Sanitätsrat Dr. med. et phil. Franz Busch wird sprechen über „Die großen Zeugen Gottes im Reich der Natur“.

Naturhistorischer Verein für Naturkunde. Wegen des Todes des Vorsitzenden findet am kommenden Donnerstag keine wissenschaftliche Sitzung statt.

Kaufmännischer Verein Wiesbaden. Am Donnerstag, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr bringt der Kaufm. Verein als Schlussvortrag der Handelschulungskurse des Herrn Justizrats Dr. B. u. d. Mainz einen Diskussionsabend, in dem der Redner die zahlreichen Anfragen über die Steuererleichterung beantwortet wird. Das lebhafteste Interesse der Bevölkerung an der Veranstaltung kommt in der starken Nachfrage nach Karten zum Ausdruck, die in der Geschäftsstelle des Vereins herausgegeben werden.

Residenz-Theater.

„Die Puppe“.

Für den lang- und langlos ausgeschiedenen belächelten Herrn Götzlich posierte am Dienstag als Vangelot Herr Karl Ehrhardt-Hardt. Und es kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß Herr Kaplerer — nach dem ersten Eindruck zu urteilen — mit dem neuen Tenor-Buffo einen guten Griff gemacht hat. Der junge Künstler macht „eine gute Figur“ und besitzt eine sehr angenehme, frische und gut geschulte Stimme von echt tenoraler Klangfarbe. Da diesen Vorzügen eine sichere und gewandte Darstellungsweise entsprach, wurde die Gesamtbeurteilung der „Puppe“ zu einem sehr erfreulichen und künstlerisch wertvollen Ereignis, an dessen Gestaltung die bedeutende Leistung des Frl. Peller den schon gewürdigten Anteil hatte. Die Zuschauerenschaft zeichnete den „neuen Mann“ und die beliebteste Künstlerin mit gebührendem Beifall aus. Ein abschließendes Urteil über Herrn Ehrhardt-Hardt ist erst zu fällen, wenn er mit der Wiedergabe einer fogenannten „Fischen“ Rolle seine Eignung bewiesen hat. H. Gz.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Ht. Frankfurt a. M., 16. Febr. Die Bürgermeisterfrage. Der Magistratswahlausschuss beschloß mit 7 gegen 6 Stimmen die Ausschreibung des durch Dr. Rupperts Fortgang freierwerdenden Bürgermeisters. Mit diesem Beschluß hat die Mehrheit den Anspruch der sozialdemokratischen Fraktion auf Befehlung der Stelle mit einem sozialdemokratischen Bewerber verwerfen. Als Kandidat war Unterstaatssekretär Graf-Berlin aufgestellt. Da die Sozialdemokraten auf ihrem Anspruch beharren, erscheint ein Konflikt im Stadtparlament unvermeidlich, wenn nicht noch ein Weg der Verständigung gefunden wird. Von bürgerlicher Seite will man Stadtrat Dr. Landmann-Frankfurt als Bürgermeisterkandidaten aufstellen.

Vermischtes.

Streik im Dänziger Theater. Die Solomistlieder des Dänziger Theaters spielen wegen Gefaltschreitigkeiten nicht. Seit Montag abend finden keine Vorstellungen statt.

Die Heringspreise fallen. Aus Lübeck erfährt der „Berl. Volksanz.“, daß die Heringspreise billiger würden.

Einladung zur Ausübung der deutschen Not. Eine Hamburger Firma, Halberis Propaganda-Büro, Hamburg 19, Elisenstraße 48, versendet zweifelhafte Reklamepostkarten mit der Einladung zu Geschäftsverbindungen mit folgenden fettgedruckten Überschriften und entsprechendem Text ins Ausland:

„Take advantage of the low rate of the German Mark!“
„Profitez du cours bas de la marc allemande!“
„Profilieren Sie von dem niedrigen Kurs der deutschen Reichsmark!“

Volkswirtschaft.

Handelsnachrichten.

Pittouen in finanzieller Abhängigkeit von London. Wie die Londoner „Morning Post“ meldet, ist in London ein finanzielles Kommen betr. den britischen Handel im Baltikum und vielleicht auch in Russland, abgeschlossen worden. Der Baltische Handelsverband des letzten Jahres des Ministerpräsidenten der litauischen Regierung. Im großen Ganzen hat die britische Regierung ihre Genehmigung dazu gegeben, daß ein Plan geschaffen worden ist, der die finanzielle und kommerzielle Zukunft Pittouens vollständig in die Hände einer starken und einflussreichen Londoner Bankgruppe legt.

Marktberichte.

Berliner Produktmarkt vom 17. Februar. Am Produktmarkt wurde bisher bei frühlichem Angebot wieder höher bezahlt; nur einzelne Sorten (sofen Daisers) wurden billiger abgegeben. Erbsen und Bohnen waren bei mangelndem Angebot weiter sehr begehrt und noch mehr überhöht waren stark gefragt, namentlich für inländische Mägen. Lupinen waren ebenfalls begehrt; auch vorläufige Ware. Futterballe war trotz vermehrter Angebote im Preise behauptet. In Rausfutter war das ruhiger.

Hauswirtschaftlicher: Bernhard Grotthus, Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Grotthus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Zeit: H. C. Grotthus; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: Heinz Grotthus; für die Anzeigen: Joh. Grotthus; Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G.m.b.H. (amtlich in Wiesbaden).

Wintergarten

Schwalbacher Str. 8

Telefon 6029

Sonntag, 22. Februar 1920

Einlass 3 Uhr

Anfang punkt 4 Uhr

Letztes Künstlerfest

im Wintergarten

arrangiert von Direktor Arno Blum

unter gütiger Mitwirkung der gesamten Künstlerschar der

Weinklaue

Nonnenhof

Konzert ausgeführt vom verstärkten Philharmonischen Orchester (30 Mann)

Leitung: Dir. Arno Blum

Ansager: Fritz Loewe-Lessen

Am Flügel: Komponist Toni Fluss

PROGRAMM

- | | |
|---|---|
| 1. Ouverture zum Trauerspiel „Hamlet“ von E. Bach | 8. Tannhäuser-Ouvertüre v. R. Wagner |
| 2. Fantasie zur Oper „Margarethe“ (Faust) von Ch. Gounod | 9. Friedel Hardt, die bekannte Vortragsdiva |
| 3. Mein Lebenslauf ist Lieb und Lust, Walzer von Jos. Strauss | 10. Toni Fluss, in seinen musk. Improvisationen assistiert von Dir. ARNO BLUM |
| 4. Aline Walter, Hofopernsängerin | 11. Hugo Ecknitz, der beliebte Humorist |
| 5. Adolf Görich, Chansonier, ehem. Mitglied des Residenz-Theaters | 12. Mizzi Olden u. Walter René, in ihren Kunsttänzen |
| 6. Fritz Loewe-Lessen, Vortragskünstler | 12. Paul Rochelly, Deutschlands bester Baurechner |
| 7. Geschw. Sachetto, in ihren entzückenden Tänzen | 14. Potpourri aus d. beliebten Operette „Wenn im Frühling der Holländer“ von Heinz Lewin. |

Während der Vorträge bleiben die Eingangstüren geschlossen.

Nach Beendigung des bunten Teiles:

Grosser Schluss-Ball des Wintergartens.

Eintritt: 20 Mk. Einheitspreis. Gesellschaftstoilette erwünscht.

Solides Mädchen zu meinen Kindern gesucht. Frau Rechtsanw. Dr. Dutter, Friedr.straße 18.

Offizierswitwe

nimmt noch Abschriften Schriftstellerischer resp. wissenschaftl. Arbeiten f. die Schreibmaschine an. Angebote u. M. 815 an die Gesch. ds. Hl. Nikolastraße 11.



Kaufm. Privat-Schule

Herm. u. Clara

Bein

Kirchgasse 22 an der Luisenstraße.

Beginn neuer Gesamt- u. Einzelkurse für alle Fächer.

Getrennte Damen-Abteilungen.

Ebenso

Nachm.- und Abend-Sonderkurse

für

alle Arten Buchführung,

Bilanz-Abschlüsse,

kaufmänn. Rechnen,

Konto-Vorrente,

Stenographie,

Maschinen-Schreiben,

Schönschreiben etc.

Herm. Bein

Clara Bein

Dipl.-Kaufleute und

Dipl.-Handelslehrer.

Fernsprecher 223.

4500

Büro- und Wohnzimmer-

Stühle

buchen, roh oder gebeizt, gute Arbeit, sofort lieferbar. Walter aus Nassau. Wälder, Teutoburg, Tel. 7897. (1918)

Antike Kommode

Antiker Schrank

gegen hohen Preis zu kaufen gesucht. W. a. m. a. n. n, Saal-gasse 26.

Besuchen Sie

SIMPLICISSIMUS

Künstlerspiele.

KURHAUS WIESBADEN.

Das für Freitag, 20. ds. Mts. vorgesehene

Cyklus-Konzert

ist bis auf weiteres verschoben.

Städtische Kurverwaltung.

Taunus-Weinstube u. Bar

Rheinstraße 19 WIESBADEN Telefon 5220

Täglich Schrammelkonzert

Mieterchutz

Rechtsauskunft jetzt tägl. 4-7 Uhr im Arbeitsamt, Eingang Dohheimer Str. Vertretung vor dem Mietungsamt

Brillanten und Perlen

Silbersachen als: Bestecke, Pokale, Leuchter, Service, antike Möbel, Gemälde, Dosen und Porzellane kauft zu hohen Preisen. 17059 Rosenau, Marktplatz.

Bekanntmachungen der Gemeinde Sonnenberg

Betrifft: Einzahlung der Steuern und Abgaben.

Es wird ersucht, die Einzahlung der 4. Rate Staats- und Gemeindesteuern, sowie der sonstigen noch rückständigen Gemeindegeld bis 25. Februar 1920 zu bewirken. Eine weitere Mahnung erfolgt nicht mehr. Vielmehr muß nach Ablauf des 25. Februar mit der Zwangsversteigerung der Steuern begonnen werden. Sonnenberg, den 11. Februar 1920.

Der Bürgermeister. Buchelt. (7787)

Betrifft: Holzversicherung.

Die auf Donnerstag, den 19. Februar 1920 festgesetzte Holzversicherung findet nicht am 19. sondern ab 26. Februar 1920 statt.

Sonnenberg, den 17. Februar 1920.

Der Bürgermeister. J. B. Christ, Beigeordneter. (7786)

Besuchen Sie

SIMPLICISSIMUS

Künstlerspiele.